

Rentner im Arbeiter- und Bauernstaat – Randgruppe in einer arbeitszentrierten Gesellschaft?

Steffen Otte¹

Zusammenfassung

Dieser Aufsatz beleuchtet die Situation der Rentner in der arbeitszentrierten DDR-Gesellschaft. Es wird der Frage nachgegangen, welche Motivation leitend dafür war, dass so viele Rentnerinnen und Rentner in der DDR erwerbstätig blieben. Die Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR wird aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet. Dabei werden zum einen der ökonomische und zum andere der sozialpolitische Aspekt der Erwerbstätigkeit der Rentner untersucht. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeit über das Rentenalter hinaus spielt dabei ebenso wie die Aufbesserung geringer Rentenzahlung eine große Rolle. Sozialpolitische Betreuung der Veteranen durch die Betriebe sollte „häusliche Vereinsamung“ entgegenwirken, aber auch ganz praktisch die Essensversorgung der Rentner sichern. Die politische Integration war hingegen nur für einen kleinen Kreis von Rentnern von Bedeutung. Dennoch fußte die Bedeutung der Arbeit von Rentnern in der DDR auf einem tiefen proletarischen Selbstverständnis. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass trotz schlechterer Stellung gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen Rentner in der DDR-Arbeitsgesellschaft integriert waren oder sich integriert fühlten.

1. Einleitung

„Wie verbringen Rentner in Europa ihre Zeit? Der britische Rentner trinkt Tee und liest die Times. Der französische Rentner trinkt ein Glas Wein und spielt eine Partie Boule. Der DDR-Rentner hingegen nimmt seine Tabletten und geht zur Arbeit.“ Dieser Witz gibt einen interessanten Einblick in die DDR-Gesellschaft. Neben der Frage der Authentizität der Beschreibung eröffnet der Witz die Frage nach der Situation der Rentner im Arbeiter- und Bauern-Staat. Warum ging der DDR-Rentner im Gegensatz zu den französischen und englischen weiter arbeiten, anstatt seinen Lebensabend zu genießen? Lag es an der ökonomischen Notwendigkeit oder vielleicht doch am hohen politischen und sozialen Stellenwert, den die Erwerbstätigkeit in der DDR besaß?

Der vermeintliche Witz deutet bereits darauf hin, dass der Umstand des Rentnerdaseins nicht zwangsläufig gleichbedeutend war mit einem Ausschluss aus bzw. einer Randstellung in der arbeitszentrierten DDR-Gesellschaft. Gleichwohl schwingt im Tenor des Witzes – gerade im Vergleich zu den beiden anderen Ländern – mit, dass

1 Der Autor dieses Aufsatzes arbeitet derzeit an einem Promotionsvorhaben zur sozialen Lage der Rentner in der DDR während der Ära Ulbricht.

die Fortsetzung der „aktiven“ Mitgliedschaft in der DDR-Arbeitswelt nicht bloß freiwillig war.

Im Folgenden wird nicht nur nach den Motiven der Rentner gefragt, die sie zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit bewogen haben mögen. Vielmehr soll die gesellschaftliche Einbindung der Rentner, die immerhin ca. 20 % der DDR-Bevölkerung ausmachten, anhand ihrer Stellung in bzw. Beziehung zu den Betrieben untersucht werden. Dabei werden neben der Perspektive der Rentner auch die der Staats- und Parteiführung sowie die der Betriebe selbst in den Blick genommen. Als erstes wird jedoch der Frage nachgegangen, woran sich der „arbeitszentrierte Charakter“ der DDR-Gesellschaft überhaupt festmachen lässt.

2. Die DDR – eine arbeitszentrierte Gesellschaft

Der Schweizer Soziologe Martin Kohli macht in seinem 1994 erschienenen Artikel „Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebensläufe und soziale Differenzierung“ drei Merkmale aus, welche die DDR als „Arbeitsgesellschaft“ charakterisieren.

1. *hohe Erwerbsquoten.* Die Erwerbsquote in der DDR, das war das Besondere, war eben nicht nur unter den Männern im erwerbsfähigen Alter hoch, sondern auch bei den Frauen sowie bei den Rentnern (Kohli 1994: 39-41). Bei letzteren waren es ca. 20 %, die trotz Erreichen des Rentenalters weiter einer Erwerbstätigkeit nachgingen. Wobei es hier, wie später gezeigt wird, zwischen den Geschlechtern und innerhalb des Bestehens der DDR verschiedene Entwicklungen gab.

2. *ideologische Aufwertung der Arbeit.* Hier benennt Kohli besonders sprachliche Bilder, welche die politisch-ideologische Aufwertung der Arbeit verdeutlichen (Kohli 1994: 41-42). In diesem Zusammenhang wäre der Begriff einer ideologischen Aufladung vielleicht passender. Termini wie „Arbeiter-und-Bauernstaat“, „Held der Arbeit“ oder „Dein Arbeitsplatz – Dein Kampfplatz für den Frieden“ waren dabei deutlich auf die Erwerbsbevölkerung ausgerichtet. Interessant ist jedoch der Umstand, dass diese sprachliche Ideologisierung auch in Bezug auf die Rentner anzutreffen ist. So war spätestens ab Mitte der 1950er Jahre – mindestens außerhalb der reinen Rententhematik – nicht mehr von Rentnern, sondern von Veteranen die Rede. War bis dahin der kampfbetonte Begriff des „Veteranen“ langjährigen Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern vorbehalten, wurden die Begriffe „Veteranen der Arbeit“, „Arbeitsveteran“ oder auch einfach nur „Veteran“ zur gängigen Bezeichnung für aus dem Erwerbsleben ausgeschiedene Rentner. Analog dazu wurden die von der Volkssolidarität geführten Seniorentreffs als „Veteranenklubs“ bzw. „Veteranentreffpunkte“ betitelt. Ebenfalls Mitte der 1950er Jahre wurde mittels eines Wettbewerbs, der die Verbesserung der Betreuungsqualität zum Ziel hatte, die Umbenennung der „Alten- und Siechenheime“ in „Feierabend- und Pflegeheime“ forciert. Somit lässt sich festhalten, dass versucht worden ist, die Rentner zumindest sprachlich in die „Arbeitsgesellschaft“ zu integrieren.

3. *betriebszentrierte Sozialpolitik.* Hier benennt Kohli neben der Vergabe von Wohnungen, Ferienplätzen oder Kuren über die Betriebe auch Aspekte, die man eher nicht zu klassischen sozialpolitischen Errungenschaften zählen würde (Kohli 1994: 42-43). Dies sind „innerbetriebliche Tauschnetzwerke“ sowie der betriebsbedingte Zugang zu knappen, in der Bevölkerung jedoch begehrten Ressourcen.

Die Forschungen zur Sozialpolitik der DDR unterstützen das Modell einer betriebszentrierten Sozialpolitik. So beschreibt Manfred G. Schmidt beispielsweise in seinem Modell des DDR-Wohlfahrtsstaates fünf zentrale Aspekte: (1.) das Recht auf Arbeit, (2.) das Sozialversicherungs-System der DDR (Zuständigkeit des FDGB ab 1956), (3.) die soziale Sicherung im Reproduktionsbereich (Preissubventionen, Wohnungspolitik, Frauenförderung), (4.) die betriebliche Sozialpolitik und (5.) die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme (Schmidt 2006: 128-129). Alle diese Aspekte haben einen direkten Bezug zur Erwerbstätigkeit und überwiegend auch einen direkten Bezug zum Betrieb.

Hans Günther Hockerts kommt deshalb mit gutem Recht zu dem Schluss, dass die DDR ein *workfare state* gewesen sei. Dieser Begriff meint – in Anlehnung an den Begriff des *welfare state* –, dass das Ziel der Sozialpolitik nicht die allgemeine Wohlfahrt der Bevölkerung, sondern vielmehr die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität gewesen sei (Hockerts 1998: 21).

Auf dieser Basis erscheint es folgerichtig, wenn Kohli schreibt:

Dies alles läßt es als berechtigt erscheinen, die Betriebe als die zentralen Vergesellschaftungskerne im Realsozialismus zu bezeichnen. Mit anderen Worten: Die soziale Landkarte der DDR war eher durch Betriebe als durch Wohnorte zusammengesetzt (Kohli 1994: 43).

Kohli untermauert diese Argumentation durch den Verweis auf die Struktur der großen Massenorganisationen. So waren deren Grundorganisationen (SED, FDGB, FDJ) in erster Linie entlang der Betriebsstrukturen aufgebaut. Fälschlicherweise zählt Kohli hierzu auch die Volkssolidarität, die zentrale DDR-Organisation für die Betreuung der Rentner, für die dieses Prinzip eben gerade nicht galt (Kohli 1994: 43).

Da von der Staats- und Parteiführung wirtschaftliches Wachstum als Grundvoraussetzung für die Weiterentwicklung der Gesellschaft und den „Sieg des Sozialismus“ angesehen wurde, bildete, der Logik der Herrschenden folgend, der Betrieb, besser noch das Kollektiv bzw. die Brigade den Nukleus für den gesellschaftlichen Fortschritt. Doch was bedeutete dies nun für die Rentner?

3. Die betriebliche Einbindung von Rentnern

Im Folgenden soll die Frage der Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR aus unterschiedlichen Perspektiven betrachtet werden. Das sind die Perspektiven der Staats- und Parteiführung, der Betriebe und der Rentner selbst. Für alle drei lässt sich nach ökonomischen, sozialen und auch ideologischen Gründen fragen, die für oder gegen eine Integration der Rentner in die Betriebe sprachen.

Warum wird hier zwischen der Perspektive der Staats- und Parteiführung sowie der der Betriebe unterschieden? Die Interessen von Staat und Betrieben waren bekanntermaßen längst nicht immer deckungsgleich. Während die SED gemeinsam mit dem FDGB die politische Linie vorgab, verfolgten die volkseigenen Betriebe an der Basis oft ihre ganz eigenen Interessen. Dies ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, dass die Betriebe, wie bereits erwähnt, in den Strukturen von SED wie FDGB die organisatorische Basis bildeten. Dem Prinzip des „Demokratischen Zentralismus“ folgend, hätten diese also die politischen Zielsetzungen übernehmen müssen.

Dass das oft nicht der Fall war, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Funktionsweise der DDR. Doch nun zu möglichen Gründen, die für bzw. gegen eine betriebliche Einbindung der Rentner sprachen.

3.1 Ökonomische Aspekte

Der ökonomische Aspekt der Einbindung der Rentner in die Arbeitsgesellschaft DDR bestand in der Fortsetzung der Erwerbstätigkeit auch über das Renteneintrittsalter hinaus. Die Fortführung der Erwerbstätigkeit war aus zwei Gründen wertvoll. Zuerst einmal blieben die Rentner produktiv und leisteten auch weiterhin einen volkswirtschaftlichen Beitrag. Dieser Punkt trifft grundsätzlich auf jede Gesellschaft zu. Der zweite, DDR-spezifischere Grund war hingegen die Bedeutung der Rentner im Bemühen um die Beseitigung des akuten Arbeitskräftemangels. Wegen der massiven Überalterung einiger Berufszweige war die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über den Renteneintritt hinaus nahezu unverzichtbar. In einer Untersuchung zur Arbeitskräftesituation in der DDR aus dem Jahr 1966 wird unter anderem berichtet, dass sich 7 % aller Schmiede im Rentenalter befänden und bis 1970 weitere 12 % das Rentenalter erreichen würden. Bei Heizern belief sich die Zahl für 1966 sogar auf 13 % und die Prognose für den Zuwachs der Rentner bis 1970 auf weitere 16 %.² Für andere Bereiche wie z.B. die Pflegeberufe stellte sich die Situation noch gravierender dar. Der Zentrallausschuss der Volkssolidarität kam in einem Rechenschaftsbericht aus dem Jahr 1968 zu dem Ergebnis, dass sich 50 % der in der Hauswirtschaftspflege tätigen Kräfte bereits selbst im Rentenalter befänden und weitere 20 % zwischen 50 und 60 Jahre alt seien.³ In Anbetracht solcher Entwicklungen war die SED sehr darum bemüht, die Erwerbsquote unter den Rentnern stabil zu halten bzw. sogar noch auszubauen. Das belegt ein internes Papier der ZK-Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik aus dem Jahr 1965:

Neben den Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Rentner sieht das Programm Maßnahmen vor, die dazu beitragen, den derzeitigen Beschäftigungsgrad von Rentnern von 20 %, das sind etwa 700 000 Beschäftigte, durch gesundheitliche Maßnahmen und sozialfürsorgerische Unterstützungen beizubehalten bzw. noch zu erhöhen. U.a. sehen diese Maßnahmen vor, daß Werktätige über 45 Jahre eine spezielle medizinische Betreuung erfahren.⁴

Der volkswirtschaftliche Nutzen der Arbeit von Rentnern wurde immer wieder lobend hervorgehoben. Dies betraf die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit über das Renteneintrittsalter hinaus sowie die Tätigkeit als Urlaubs- oder Krankheitsvertretung, aber auch das freiwillige und unentgeltliche Engagement im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes. Die Staatliche Plankommission stellte 1964 in einem als „Vertrauliche

2 Untersuchung zur Arbeitskräftesituation in der Deutschen Demokratischen Republik. 21.11.1966, S. 6, SAPMO-BArch DY 30/IV A2/17/23.

3 Rechenschaftsbericht des Zentrallausschusses der Volkssolidarität an die VI. Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität, VS-III_A3.

4 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.11/114, Bl. 12.

Dienstsache“ gekennzeichnetem Papier fest, dass 490.000 berufstätige Rentner ca. 45 bis 50 % des von ihnen „verbrauchten“ Nationaleinkommens selbst erwirtschafteten.⁵

Wie wichtig der Staats- und Parteiführung die Erwerbstätigkeit der Rentner war, zeigt unter anderem auch die Tatsache, dass das verfassungsmäßige Recht auf Arbeit auch über das Erreichen des Renteneintrittsalters hinaus galt. In der „1. Richtlinie zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben“ vom 16. März 1970 heißt es dazu:

Besondere Aufmerksamkeit ist der Schaffung solcher Voraussetzungen zu widmen, die es auch den Bürgern im höheren Lebensalter ermöglichen, das in der sozialistischen Verfassung der DDR ohne Altersbegrenzung garantierte Recht auf Arbeit wahrzunehmen bzw. sich gesellschaftlich nützlich entsprechend ihren Wünschen zu betätigen.⁶

Die staatliche Förderung der Erwerbstätigkeit von Rentnern zeigte sich nicht zuletzt auch in dem Umstand, dass die Rente trotz Erwerbseinkommens in voller Höhe gezahlt wurde und das Erwerbseinkommen zwar steuerpflichtig war, aber die beschäftigten Rentner von Sozialversicherungsbeiträgen befreit blieben (Friedrich-Ebert-Stiftung 1987: 22).

Aus Sicht der Betriebe standen diesen positiven Wirkungen jedoch auch erhebliche negative Aspekte entgegen. Zum einen wirkte sich die Beschäftigung von Rentnern aufgrund der altersbedingt reduzierten Leistungsfähigkeit negativ auf das Betriebsergebnis aus, da im Stellenplan – zumindest ganz offiziell – kein Unterschied zwischen weiterbeschäftigten Rentnern und den anderen Erwerbstätigen gemacht wurde. Außerdem war eine normale Fortsetzung der Arbeit am angestammten Arbeitsplatz nicht immer möglich, so dass die Einrichtung eines speziellen Arbeitsplatzes nötig wurde. Die Einrichtung solcher Plätze wurde zwar staatlich unterstützt, war für die Betriebe dennoch mit einigem Aufwand verbunden. In einem internen Papier des FDGB werden die Folgen dieser Probleme treffend zusammengefasst:

Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß es bei der modernen Organisation der Arbeit in den Betrieben vielfach nicht möglich ist, alte Menschen an ihrem alten Arbeitsplatz weiter zu beschäftigen; daher müssen neue Arbeitsmöglichkeiten gefunden werden. Eine bisher oft angewandte Methode ist die Weitervermittlung eines alten Arbeiters als Pförtner, Wachmann oder Hoffeger. Diese Tätigkeit befriedigt weder den alten Menschen noch die Gesellschaft, denn die Fähigkeit, die er sich in seinem arbeitsreichen Leben angeeignet hat, liegen brach.⁷

5 „Vorschläge für die weitere Verbesserung der materiellen, gesundheitlichen und sozialen Versorgung und Betreuung der älteren Bürger (Die Rentenkonzeption wird gesondert vorgelegt)“, S. 4, BArch DQ 1 / 5982.

6 „1. Richtlinie zur Verbesserung der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der Bürger im höheren Lebensalter und zur Förderung ihrer stärkeren Teilnahme am gesellschaftlichen Leben vom 16. März 1970“, BArch DQ 1/4614, Bl. 260.

7 „Vorschläge für die weitere Einbeziehung älterer Menschen in die gesellschaftlich nützliche Tätigkeit im Wohngebiet“, S. 1, SAPMO-BArch DY 34/23608.

Dabei war nicht nur die physische Arbeitsbelastung ausschlaggebend für die kritische Haltung von Betrieben zur Weiterbeschäftigung von Rentnern. In einem Papier aus dem Jahr 1968 heißt es zu den aufgrund neuer Technik steigenden Ansprüchen am Arbeitsplatz: „Der technische Strukturwandel reduziert zweifellos die physische Beanspruchung, erhöht aber die neural-psychische Beanspruchung.“⁸

Auch wenn immer wieder Probleme bei der Weiterbeschäftigung von Rentnern in den Betrieben beklagt wurden, war diese für viele Betriebe unverzichtbar. Neben dem oben genannten Problem der Überalterung vieler Berufszweige waren Rentner in vielen Betrieben als Saisonkräfte, Urlaubs- und Krankheitsvertretungen sehr gefragt. So konnte 1964 beispielweise der Krankenstand im Krankenhaus Weißensee „mit Hilfe von Veteranen“ von 9 % auf 4,1 % gesenkt werden.⁹

Neben der direkten Beschäftigung in den Betrieben gab es auch eine indirekte Form. So vergaben Betriebe bestimmte Aufgaben bzw. Tätigkeiten an Klubs der Volkssolidarität. Die jeweiligen Veteranenklubs richteten dann entsprechende Werkstätten ein, in denen Besucher der Klubs freiwillig und gegen eine geringe Entlohnung beschäftigt wurden. Für die Betriebe bot diese Zusammenarbeit den Vorteil, dass einfache Arbeiten aus dem Betrieb ausgelagert werden konnten, wodurch Fachkräfte für andere Tätigkeiten frei wurden. Zugleich blieb der Stellenplan der Betriebe unberührt, so dass durch die geringere Arbeitsleistung der Rentner keine Verschlechterung des Betriebsergebnisses eintrat. In einem Artikel aus einer methodischen Handreichung für die Arbeit in Veteranenklubs von 1966 wird der Werkleiter des VEB Elektromaschinen Rathenow wie folgt zitiert:

Ohne den Veteranenklub könnten wir unseren derzeitigen Produktionsausstoß gar nicht bringen. Wir sparen dadurch qualifizierte Arbeitskräfte ein, die an anderer Stelle des Betriebes dringend benötigt werden. Der Klub ist schon zu einem richtigen Teil unseres Betriebes geworden.¹⁰

Allerdings ging diese Form der Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Veteranenklubs im Laufe der Zeit zurück, weil immer mehr Betriebe einfache Arbeiten mechanisiert erledigen konnten.¹¹

Für die Klubs der Volkssolidarität bot diese Zusammenarbeit hingegen eine willkommene Einnahmequelle, da zumeist nur ein Teil der Einnahmen an die beschäftigten Rentner ausgezahlt wurde. Der andere Teil kam dem Haushalt des jeweiligen Veteranenklubs zugute und wurde für die Verbesserung der Ausstattung des Klubs oder für die Finanzierung von Veranstaltungen eingesetzt. Doch die Rentner sahen diese „Beschäftigungsangebote“ durchaus als Chance zur Verbesserung ihres Einkommens. So wird in einem Bericht aus Berlin folgendes Phänomen beschrieben:

8 „Entwurf zum System der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der alten Bürger und der Altersforschung“, S. 2, VS-V A1.

9 Protokollauszug der Konsultationen der Vorsitzenden der Arbeitskreise verdienter Gewerkschaftsveteranen bei den Zentralvorständen der Industriegewerkschaften/Gewerkschaften am 9.10.1964 und 11.11.1964, S. 4, SAPMO-BArch DY 34/23573.

10 „Ein schöner Lebensabend für unsere Veteranen. Aus der Arbeit des Klubs der Volkssolidarität in Rathenow“, VS-VI A1.

11 Rechenschaftsbericht des Zentralausschusses der Volkssolidarität aus dem Jahr 1968. S. 5-6. VS-III A3.

Wir können heute feststellen, daß auf Grund unterschiedlicher Arbeit in den verschiedenen Klubs die Einnahmen unterschiedlich sind und dadurch natürlich auch die Auszahlungen verschiedene Höhen betragen. Dies führt besonders in Berlin, weil die Möglichkeit besteht von einem Klub zum anderen zu wandern, zu Schwierigkeiten und manche Veteranen sagen: „Ich gehe lieber in den Klub, wo ich mehr Geld verdiene!“ Wie wir schon immer gemeinsam feststellten, ist der Sinn dieser Tätigkeit nicht nur das Geld verdienen. Um den Sinn wirklich zu erhalten und gleichzeitig Neid und Mißgunst zwischen den Veteranen nicht aufkommen zu lassen, wurde anläßlich der Besprechung festgelegt, daß [...] ein einheitlicher Betrag festgelegt werden soll, der zur Auszahlung gelangen kann.¹²

Für die Rentner war die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit ebenfalls von großer ökonomischer Bedeutung. Natürlich gab es, wie später noch gezeigt wird, weitere Gründe, seinem Betrieb noch länger treu zu bleiben. Dennoch war der finanzielle Anreiz einer der bedeutsamsten. Dass auch die Betriebe um die Notwendigkeit des Zuverdienstes für Rentner wussten, zeigt ein weiteres Zitat aus der methodischen Handreichung der Volkssolidarität. Hier wird die speziell auf Rentner abgestimmte Erweiterung der Produktion im Chemiefaserwerk Premnitz wie folgt begründet: „Diese Anlage soll derart erweitert werden, daß noch 40 Veteranen leichte Arbeit und zusätzlichen Verdienst erhalten können.“¹³

Der hohe ökonomische Stellenwert der Erwerbstätigkeit lag bei einem guten Teil der Rentner in ihrem äußerst geringen Renteneinkommen begründet, auch wenn dies nicht für alle Rentner der Hauptgrund für die Fortsetzung ihres Beschäftigungsverhältnisses gewesen sein mag. In einer Eingabe aus dem Jahr 1971 an den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht bringt eine Rentnerin dieses Problem auf den Punkt: „Ich muß noch arbeiten, obwohl es mir schwer fällt und werde immer arbeiten müssen bei der Rente.“¹⁴

Die Wichtigkeit des Erwerbseinkommens für die Rentner kommt auch in einem Grußwort einer Papierwarenfabrik aus dem sächsischen Neukirchen an die VI. Zentrale Delegiertenkonferenz der Volkssolidarität zum Ausdruck:

Gleichzeitig konnte wohl allen an der Produktion beteiligten Veteranen, die im genannten Zeitraum insgesamt ca. 11.000,- M Lohn erarbeiteten, mancher bisher unerfüllbare Wunsch in Erfüllung gehen, das Leben in vielen materiellen Bereichen erleichtert und das Bewußtsein, eine nützliche Arbeit für die Gemeinschaft zu leisten, geweckt und gestärkt werden.¹⁵

Walter Ulbricht betonte auf dem VI. Parteitag der SED im Jahre 1963 sogar explizit, dass die Situation der Rentner ohne Erwerbseinkommen besonders schwierig sei:

12 Schreiben der Diplom-Arbeitstherapeutin und Leiterin der Heimarbeitszentrale Katzenstein an die ZK-Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik vom 10.10.1962. SAPMO-BArch DY 30/IV 2/6.11/85, Bl. 63.

13 „Ein schöner Lebensabend für unsere Veteranen. Aus der Arbeit des Klubs der Volkssolidarität in Rathenow“, VS-VI A1.

14 SAPMO-BArch DY 30/IV A2/6.11/3, Bl. 28.

15 Grußschreiben der Gustav Gerstenberger KG vom 2.4.1968, VS-III A3, S. 1-2.

Wir sind uns aber dessen bewußt, daß für einen kleinen Kreis der Rentner das Leben noch immer recht schwierig ist. Ich denke vor allem an diejenigen, die nicht mehr in der Lage sind zu arbeiten und sich zur Rente noch etwas hinzuverdienen.¹⁶

Die prekäre Einkommenssituation der Rentner war ein Hauptmotiv für die Fortsetzung der Erwerbstätigkeit, dafür spricht auch ein Blick auf die Entwicklung der Beschäftigungszahlen. Waren 1966 mit 671.000 Beschäftigten noch 20,9 % aller Rentner erwerbstätig, so ging diese Zahl bis 1989 auf 279.000 bzw. 10,4 % zurück, wobei der eigentliche Rückgang erst nach 1975 stattfand, da in diesem Jahr die Quote noch bei 18,2 % lag (Grünert: 1997: 92). Dieser Rückgang der Erwerbsquote überschneidet sich mit einer spürbaren Verbesserung der Rentenversorgung. Zum einen kam es Ende der 1960er Jahre zu einer erheblichen Erhöhung der Renten. Zum anderen wurde 1968 erstmals eine Freiwillige Zusatzrentenversicherung eingeführt, die nach einer grundlegenden Reform im Jahr 1971 zu einer deutlichen Anhebung des Rentenniveaus ab Mitte der 1970er Jahre führte. Die zeitliche Überschneidung des Rückgangs in der Beschäftigungsquote der Rentner und der Erhöhung des Rentenniveaus kann als Indiz dafür gewertet werden, dass für viele Rentner durch die verbesserte Einkommenssituation die Notwendigkeit eines zusätzlichen Erwerbseinkommens nicht länger fortbestand.

Auch ein Blick auf die Unterschiede in der Erwerbsquote zwischen Rentnerinnen und Rentnern untermauert diese Vermutung. Waren 1972 noch 29,2 % aller männlichen Rentner erwerbstätig, so ging diese Zahl bis 1980 auf 16,6 % zurück und sank 1989 sogar auf 11 %. Bei den Rentnerinnen waren 1972 hingegen nur 15,3 % erwerbstätig. Dafür sank bei den Frauen die Erwerbsquote deutlich langsamer, nämlich auf 11,5 % im Jahr 1980 und blieb mit 10,4 % im Jahr 1989 relativ stabil (Grünert: 1997: 92). Aufgrund der erheblichen Unterschiede in der Erwerbsbiographie profitierten die Männer deutlich mehr von der Einführung der Freiwilligen Zusatzrente als die Frauen.¹⁷ Dies könnte unter anderem eine Erklärung dafür sein, dass die Beschäftigungsquote der Rentner schneller zurückging als die der Rentnerinnen. Festzuhalten ist jedoch, dass der Rückgang bei beiden Geschlechtern Ende der 1970er Jahre besonders stark gewesen ist.

Aber auch wenn ökonomische Vorteile für alle Beteiligten ein guter Grund für die Erwerbstätigkeit von Rentnern gewesen sein mögen, wäre es doch zu kurz gegriffen, diese als einzige Ursache anzunehmen. Doch welche anderen Motive für die betriebliche Einbindung der Rentner gab es noch?

¹⁶ Dieses Zitat wurde wiedergegeben in einem Rechenschaftsbericht der Volkssolidarität aus dem Jahr 1968. VS-III A3.

¹⁷ Die für die „DDR-typische“ hohe Erwerbsquote von Frauen entwickelte sich erst allmählich im Laufe des Bestehens der DDR. Man darf jedoch davon ausgehen, dass für einen guten Teil der Rentnerinnen diese „DDR-typischen“ Erwerbsbiographien von Frauen noch nicht zutrafen und sich dadurch auch das deutlich niedrigere Rentenniveau der Frauen erklären lässt. Dies galt für die „normalen“ Renten weit weniger, da es hier auf Grund der wiederholten Erhöhung der Renten zu einer fortlaufenden Angleichung des Rentenniveaus gekommen war.

3.2 Sozialpolitische Betreuung

Wenn wir bei der Erwerbstätigkeit bleiben, so lässt sich feststellen, dass hier immer wieder mit gesundheitlichen und sozialen Aspekten argumentiert wurde. Walter Buchheim, der Vorsitzende des Zentralaussschusses der Volkssolidarität, formulierte es 1968 in einem Referat so:

Jede sinnvolle altersadäquate Tätigkeit wirkt sich fördernd auf die Gesundheit aus, erhält die geistigen und körperlichen Spannkraften und verlängert so das Leben. Der Arbeit im Kollektiv kommt dabei besondere Bedeutung zu, besonders für die alleinstehenden alten Bürger.¹⁸

In einem anderen Papier aus dem Jahr 1968 heißt es:

Die Lebensdauer, das körperliche und geistige Wohlbefinden und die Lebensbedingungen der alten Menschen sowie ihre Einbeziehung in das gesellschaftliche Leben werden in bedeutendem Maße positiv beeinflusst, wenn sie möglichst lange eine geeignete Tätigkeit ausüben können. Sie haben das Recht, völlig gleichberechtigt am Arbeitsprozeß teilzunehmen und die gesellschaftliche Entwicklung mit zu gestalten.¹⁹

Neben die positive körperlich-geistige Wirkung trat hier noch das Argument der aktiven gesellschaftlichen Teilhabe.

Eine Untersuchung zum geistig-kulturellen Leben in den Veteranenklubs bestätigt den Wunsch vieler Rentner nach gesellschaftlicher Mitgestaltung:

Sie [die alten Menschen, Anmerkung des Verfassers] haben aber den Wunsch, „noch etwas mitzumachen“, um dadurch Anerkennung zu erhalten. Diesem Bedürfnis nach einer gewissen Bestätigung ihrer Persönlichkeit, einer unmittelbar für sie erlebbaren Hebung ihres Selbstbewußtseins, das in sehr vielen Fällen durch jahrelange Vereinsamung sehr bedrückt ist, kommen wir noch nicht nach.²⁰

In einem Schreiben des Rates des Stadtbezirkes Halle West wurde ebenfalls für eine bessere betriebliche Eingliederung und Betreuung der Rentner geworben und das mit einer recht drastischen Warnung vor den Folgen der Vereinsamung: „Es soll vermieden werden, daß sich unsere alten Bürger verlassen fühlen und durch Kontaktmangel oft das Gefühl für Sauberkeit und Ordnung verlieren.“²¹

18 Walter Buchheim: Manuskript für das Referat auf der VI. ZDK der VS: „Miteinander-Füreinander: Die Volkssolidarität und ihr Beitrag zur Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR“, S. 17, VS-III A3.

19 „Entwurf zum System der medizinischen, sozialen und kulturellen Betreuung der alten Bürger und der Altersforschung“, S. 3-4, VS-V A1.

20 „Konzeption zum Komplex: Geistig-kulturelles Leben im Veteranenklub“ aus dem Jahr 1964. SAPMO-BArch DY 34/23608.

21 Rat des Stadtbezirkes West der Stadt Halle, Abteilung Sozialwesen: Betreuung alter und gebrechlicher Bürger im Stadtbezirk West der Stadt Halle/Saale, 1966. BArch DQ 1 / 1897.

Dass die Vermeidung „häuslicher Vereinsamung“ für Rentner in der Tat eine Rolle spielte, zeigt die Äußerung einer Rentnerin aus einem Interview des Projektes „Volkseigene Erfahrung“ (Niethammer/Plato/Wierling 1991). Die Rentnerin begründete die Fortsetzung ihrer Beschäftigung über das Rentenalter hinaus wie folgt:

Ich hab gewartet, ich hab länger gearbeitet wie er [Ehegatte, Anmerkung des Verfassers], ich hab gewartet bis er, ja, weil es mir zu Hause so einsam war.²²

Das Motiv, zu arbeiten, um der häuslichen Einsamkeit zu entgehen, dürfte für Frauen einen deutlich höheren Stellenwert als für Männer gehabt haben, da ca. 2/3 der Rentenbevölkerung weiblich gewesen sind, was wiederum ein hohe Zahl an alleinstehenden Rentnerinnen vermuten lässt. So lebten 1964 in der DDR 46 Prozent aller Rentnerinnen in Einpersonenhaushalten (Kleßmann: 2007: 738). Dorothee Wierling kam für jugendliche Arbeiterinnen zu der Feststellung, dass „in der Kollegialität und Solidarität der Arbeitsgruppen Sinn und Befriedigung gesucht und nicht selten gefunden“ wurde (Wierling: 2002: 335). Man kann mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass dies auch für einen guten Teil der erwerbstätigen Rentner zutraf, ganz besonders für die weiblichen.

Ein Papier des VEB Elektrokohle Berlin über die Arbeit mit Betriebsveteranen zeigt, dass auch die Betriebe um diese Problematik wussten und sich um Lösungen bemühten:

In Zukunft soll mit unseren Kollegen, die als Rentner aus unserem Betrieb ausscheiden, ein besserer Kontakt hergestellt werden. Wir wollen die reichen Erfahrungen ihres langen Berufslebens nutzen und möchten in ihnen das Gefühl erhalten, gebraucht zu werden und noch mit dem Betrieb verbunden zu sein.²³

Dass auch viele Heimbewohner den Wunsch nach Kontakt zu ihren Betrieben verspürten, zeigen die Ausführungen eines Heimleiters aus Güstrow:

Diese Menschen wollen aber nicht unmittelbar nach ihrem Ausscheiden aus dem werktätigen Leben weitab vom Pulsschlag desselben ihre Tage verbringen. Nein, in ihren Ohren soll noch eine Zeitlang das Lied der Arbeit klingen. Sie, die Jahrzehnte als Maurer oder sonstwie gearbeitet haben, möchten gerne noch einen Blick auf jene werfen, die ihren früheren Arbeitsplatz in der Produktion eingenommen haben. Sie wollen auch noch ein Wort wechseln mit denen, an deren Seite sie in der Arbeit standen.²⁴

Neben der sozialen Integration der Betriebsveteranen spielte aber auch die Versorgung der Rentner durch die Betriebe eine Rolle. Diese betriebliche Versorgung der Veteranen reichte von der Teilnahme am Werkessen über die Durchführung der jähr-

22 Interview mit Dorle P., geführt von Lutz Niethammer am 16.6.1987. Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biografie der Fernuniversität Hagen, Bestand „DDR 87“.

23 VEB Elektrokohle Berlin (Direktor für Ökonomie): „Ordnung der Arbeit mit den Betriebsveteranen.“ Vom 24.3.1964. SAPMO-BArch DY 34/23569.

24 Niederschrift eines Vortrages von Brinkmann, dem Heimleiters des Kreisfeierabendheimes Güstrow aus dem Jahr 1956.S. 9. BArch DQ 1 / 4961.

lichen Rentnerweihnachtsfeiern bis hin zur Bereitstellung von Kur- und Ferienplätzen.

In einer Betriebsvereinbarung des VEB Transformatoren- und Röntgenwerk aus dem Jahr 1962 wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen festgelegt, um „die Verbundenheit unserer Veteranen trotz Ausscheiden aus dem Betrieb weiter zu diesem zu erhalten.“²⁵ Insgesamt gehörten zu dem Betrieb 260 zu betreuende Rentner. Zu deren Versorgung sollten täglich zehn bis fünfzehn kostenlose Essen über die Volkssolidarität ausgegeben werden. Weiter sollten in der Vor- und Nachsaison zehn „verdiente Veteranen“ gemeinsam mit ihren Frauen einen durch den Betrieb bezuschussten Ferienplatz erhalten. Außerdem sollte der Betrieb die kulturelle Betreuung der Rentner unterstützen.

Wie groß der Anteil der Betriebe an der Essenversorgung der Rentner gewesen ist, zeigt eine Auflistung aus dem Jahr 1970. Danach stieg die Anzahl der durch Betriebe täglich ausgegebenen Essen von 8.440 im Jahr 1967 auf 12.226 im Jahr 1969. Zu dieser Zeit erhielten von 1.000 Rentnern (ohne die Bewohner von Heimen) täglich sechs ein Essen durch „gesellschaftliche Einrichtungen“, wobei die Hälfte dieser Mahlzeiten durch die Betriebe bereitgestellt wurde.²⁶ Diese Zahl umfasst dabei noch nicht einmal die erwerbstätigen Rentner, die am sogenannten Werkessen teilnahmen. Aber auch hier spielten ökonomische Erwägungen der Betriebe eine Rolle. Das zeigt folgende Feststellung aus einem Bericht der Staatlichen Plankommission von 1964:

Die verbilligt oder kostenlos von den Betrieben ausgegebenen Essen sind im letzten Jahr um rd. 100.000 Portionen zurückgegangen. Einige Betriebe sind offenbar aus ökonomischen Gründen (Gewinnschmälerung) nicht mehr geneigt, die finanziellen Aufwendungen zu tragen. Auch die Volkssolidarität ist in vielen Orten nicht in der Lage, diese Zuschüsse zu finanzieren.²⁷

Um aber möglichst viele, besonders alleinstehende Rentner mit Essen versorgen zu können, wurde durch verschiedene Stellen wiederholt betont, dass es nicht in erster Linie darauf ankäme, Essen kostenlos oder stark vergünstigt bereitzustellen.²⁸

Ein weiterer Bestandteil der betrieblichen Versorgung der Rentner bestand in den jährlichen Weihnachts- bzw. Jahresabschlussfeiern. Zu diesen Feiern für die Veteranen eines Betriebes gehörten neben einem kulturellen Rahmenprogramm auch die Verköstigung sowie die Überreichung kleiner Präsente. So gab es bei der Jahresabschlussfeier des Kompressorenwerks Gera im Jahr 1970 je Veteran „¼ Pfd. Kaffee, 1 Stck. Butter, ½ Pfund Wurst u. Kleinigkeiten im Wert von 25,- M“.²⁹ Neben Weihnachtspräsenten gehörten Besuche bei ehemaligen Betriebsangehörigen zu runden

25 SAPMO-BArch DY 34/23569.

26 Mitteilungen „Betreuung älterer und pflegebedürftiger Bürger und Sozialfürsorgeempfänger 1969“, Heft 9, VI. Jahrgang, S. 4. SAPMO-BArch DY 34/23606. Zu den „gesellschaftlichen Einrichtungen“, die Essen an Rentner ausgaben, zählten neben den Betrieben u. a. Krankenhäuser, Altenheime, Gaststätten, Veteranenklubs.

27 BArch DQ 1 / 5982.

28 „Konzeption zum Komplex: ‚Formen und Umfang der Teilnahme am gesellschaftlichen Speisewesen für Bürger im Rentenalter‘“, SAPMO-BArch DY 34/23608.

29 Protokoll des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen beim Zentralvorstand der IG Metall vom 14.1.1970. SAPMO-BArch DY 34/23584.

Geburtstagen oder Ehejubiläen zur betrieblichen Betreuung der Rentner. Zu solchen Anlässen wurden dann ebenfalls kleine Präsente, Blumengrüße oder auch Geldgeschenke überreicht. In einer Betriebsvereinbarung des VEB Kühlautomaten Berlin aus dem Jahr 1967 waren zum Beispiel für den 70., 75. und 80. Geburtstag Präsente in Höhe von je 30 bis 50 Mark eingeplant, die aus dem Kultur- und Sozialfonds des Betriebes finanziert werden sollten.³⁰ Neben diesen Präsenten sah die Betriebsvereinbarung auch Unterstützung durch den Betrieb im Falle von schwerer Krankheit sowie beim Versterben des Ehepartners vor. Beispiele wie diese gab es in vielen Betrieben. Zumeist zeichnete die Betriebsgewerkschaftsorganisation für die soziale Betreuung der „Betriebsveteranen“ verantwortlich. Die Wichtigkeit der sozialpolitischen Betreuung der Rentner durch die Betriebe war unter anderem eines der Hauptmotive, ab Ende der 1950er Jahre innerhalb des FDGB die Rückführung der Rentner aus der Zuständigkeit der Ortsgewerkschaftsorganisationen in die der Betriebsgewerkschaftsorganisationen zu forcieren. Dass diese Aufgabe jedoch längst nicht von allen Betrieben ernst genommen wurde, zeigt ein Bericht der Zentralen Revisionskommission des FDGB aus dem Jahr 1968:

*Ebenso wurde der Beschluß des Sekretariats des Bundesvorstandes des FDGB auf Rückführung der Rentner in die Grundorganisation, der sie bei Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses angehörten, von einer Anzahl Gewerkschaftsleitungen mißachtet.*³¹

In Zahlen ausgedrückt, wurde für den Bezirk Cottbus 1967 konstatiert: „Von den 770.949 gewerkschaftlich organisierten Rentnern sind lediglich 375.712 in die Betriebe zurückgeführt.“³²

3.3 Politische Integration

Neben der sozialpolitischen Betreuung der Rentner durch die Betriebe galt die Aufmerksamkeit des FDGB der politischen Integration der „Veteranen“ in die Betriebe. Besondere Wichtigkeit wurde hierbei der Arbeit mit der Jugend beigemessen, wie ein Slogan aus der Entschließung des Zentralen Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen anlässlich des 5. FDGB-Kongresses 1959 verdeutlicht: „Mit den Erfahrungen der Alten und der Kraft der Jungen bauen wir vereint eine neue Welt, die Welt des Sozialismus!“³³

Konkret sahen die Vorstellungen über die Arbeit der Veteranen mit der Betriebsjugend so aus:

Wir empfehlen den Kollegen, insbesondere stärkeren Einfluß auf die Bewußtseinsbildung bei der Jugend zu nehmen. Arbeitskreis-Mitglieder, welche in den

30 Vereinbarung der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Werkleitung des VEB Kühlautomat zur Verbesserung der Arbeit mit den Betriebsveteranen. SAPMO-BArch DY 34/23605.

31 Entwurf des ZRK-Berichtes für den 7. FDGB-Kongress, Abschnitt „Arbeit mit Gewerkschaftsveteranen“, S. 1. SAPMO-BArch DY 34/23568.

32 Kurzbericht der Tätigkeit des Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen, S. 3. SAPMO-BArch DY 34/23576.

33 Entschließungs-Entwurf des 5. FDGB-Kongresses, S. 2. SAPMO-BArch DY 34/23615.

ehemaligen kapitalistischen Betrieben oder [als] Gewerkschaftsfunktionäre fungierten, sollten in diesen heutigen VE-Betrieben in Lehrwerkstätten, Jugendversammlungen oder Kursen für junge Vertrauensleute auftreten und den Jugendlichen ihre Kämpfe und Erfahrungen mit den Kapitalisten vermitteln. Das Auftreten solcher Kollegen, die auf das engste mit den Betrieben verbunden sind, soll nicht ein einmaliges sein. Es soll dazu beitragen, den Jugendlichen den uneigennütigen Einsatz und Kampf von solchen aufrichtigen Kämpfern aus dem Betrieb, die ihre Opferbereitschaft mit langer Haft oder sogar mit dem Leben bezahlen mußten, nahe zu bringen, um die Jugendlichen selbst für den Kampf um Sozialismus und Frieden zu begeistern. Solcher Art Verpflichtungen sind ein Beitrag unserer Veteranen zu der Aufgabe der Gewerkschaften, Schulen des Sozialismus zu sein.³⁴

Dass diese Aufgabe für „verdiente Veteranen“ ihren Reiz besaß, zeigt sich in einem Brief an August Reitz, den Vorsitzenden des Zentralen Arbeitskreises verdienter Gewerkschaftsveteranen. Darin begründet ein FDGB-Veteran sein Engagement so:

Ich glaube mir geht es so wie Dir, wer einmal vom Sozialismus schon in ganz jungen Jahren geleckt hat, kommt davon nicht wieder los. Also wollen wir es weiter so machen und unser Erleben unserer Jugend erzählen damit sie hört und fühlt den Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus.³⁵

In einem Bericht aus dem Jahr 1967 findet sich folgende positive Auswertung zum Einsatz von „Gewerkschaftsveteranen“ in einer Berufsschule:

Wie die Lehrer und Schüler einhellig bestätigten, haben die Erlebnisberichte der Veteranen den Unterricht sehr befruchtet. Die Themen wurden vorher mit der Schulleitung und den vorgesehenen Veteranen beraten, das Ergebnis des Unterrichts anschließend ausgewertet.³⁶

Dennoch gab es wiederholt kritische Äußerungen zur Arbeit mit der Jugend, angefangen von der zu geringen Anzahl an Veteranen, die für dieses Engagement bereitstünden über deren fehlende persönliche Eignung für diese Arbeit bis hin zu dessen inhaltlicher Ausrichtung. Der Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma kam für 1963 zu einem besonders ernüchternden Fazit: „Von der Begegnung mit der Jugend in den Betrieben ist fast nichts zu sagen.“³⁷

Neben der Arbeit mit der Jugend wurde die Abfassung von Betriebschroniken sowie von Abhandlungen zur lokalen Geschichte der Arbeiterbewegung als eine Aufgabe für die „Betriebsveteranen“ angesehen. Dass es den Gewerkschaftsveteranen bei der Erforschung der Arbeitergeschichte jedoch teilweise an Unterstützung mangelte,

34 Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Bundesvorstand vom 27.10.1966. S. 1. SAPMO-BArch DY 34-23573.

35 Brief an August Reitz vom 21.12.1960. SAPMO-BArch DY 34/23611.

36 Bericht der Arbeitsgruppe Jugend über Ihre Entwicklung und Tätigkeit, AKvGV beim ZV der IG Bau-Holz, S. 5. SAPMO-BArch DY 34-2361.

37 Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma: Jahresbericht 1963. SAPMO-BArch DY 34/23597.

zeigt der bereits zitierte Jahresbericht zur Arbeit der Gewerkschaftsveteranen im Kreis Grimma:

Das Erreichte haben wir fast ausschließlich der Beharrlichkeit der an der Schreibung der Arbeitergeschichte sehr interessierten Veteranen zu danken. Denn leider, leider muß man sagen, die Leitungen unserer Partei, unserer Gewerkschaften und unserer Betriebe, lies[s]en es an Unterstützung unserer Arbeit merklich fehlen.³⁸

Über die Jugendarbeit sowie die Erforschung der Arbeitergeschichte hinaus gab es auch einige weitere potenzielle Tätigkeitsfelder für Betriebsveteranen. So gab es Versuche, Veteranen in die Neuererbewegung einzubinden, oder ihnen die Kontrolle des Arbeits- und Gesundheitsschutzes in den Betrieben zu übertragen. Bis auf einige Musterbeispiele im Bereich der Neuererbewegung finden sich in den Akten dazu jedoch keine nachhaltigen Spuren.³⁹ Insgesamt lässt sich als Besonderheit für den Bereich der politischen Integration der Rentner innerhalb der Betriebe festhalten, dass hier nur langjährige und ideologisch gefestigte Gewerkschaftsveteranen für die aktive Arbeit gesucht wurden.

4. Fazit

Was bleibt nach den durchgeführten Betrachtungen festzuhalten? Für die Staats- und Parteiführung lag die betriebliche Einbindung der Rentner sowohl im ökonomischen als auch im sozialpolitischen Interesse begründet. So konnte durch die Erwerbstätigkeit der Rentner einerseits der akute Arbeitskräftemangel in bestimmten Bereichen abgemildert werden, während sich andererseits durch das zusätzliche Arbeitseinkommen für viele Rentner die finanzielle Lage verbesserte. Sozialpolitisch sollte durch die Übertragung gewisser Aufgaben an die Betriebe die Betreuung von Rentnern dezentraler organisiert werden. Durch die persönlichen Kontakte zwischen den Betrieben und deren Veteranen sollte sich ein größeres Verantwortungsgefühl der Betriebe einstellen und letztlich so eine Lücke in der Versorgung der Rentner geschlossen werden. Denn abgesehen von der Volkssolidarität zeigten sich weder die örtlichen Räte noch die Massenorganisationen besonders interessiert an der Lage der Rentner. Wie sich aber unter anderem aus den Stellungnahmen vieler aktiver Partei- und Gewerkschaftsveteranen erkennen lässt, spielte die betriebliche Einbindung aber auch eine wichtige ideelle Rolle. Die Bedeutung der Arbeit von Rentnern war somit nicht nur eine hohle Phrase, sondern fußte auf einem tiefen proletarischen Selbstverständnis. Der Wunsch nach einer aktiven politischen Einbindung von Veteranen innerhalb der Betriebe betraf hingegen nur eine kleine Gruppe. Einzig langjährige, ideologisch gefestigte Gewerkschaftsmitglieder sollten im Bereich der Jugendarbeit oder bei der Erforschung der Arbeitergeschichte mitwirken. Auf eine breite politische Mobilisierung der Betriebsveteranen wurde hingegen verzichtet.

38 Arbeitskreis verdienter Gewerkschaftsveteranen beim FDGB-Kreisvorstand Grimma: Jahresbericht 1963. SAPMO-BArch DY 34/23597.

39 Bericht aus dem Jahr 1963 über Gewerkschaftsveteranen als Neuerer im VEB WEMA Plauen. SAPMO-BArch DY 34/23568.

Bei den Betrieben standen eindeutig die ökonomischen Aspekte im Vordergrund. Die Beschäftigung von Rentnern wurde besonders dort gefördert, wo sie wirtschaftlich Sinn ergab. Die sozialpolitische Betreuung der Rentner wurde zwar nicht aus dem Eigenantrieb der Betriebe ausgebaut, sie verbesserte sich dennoch im Laufe der Jahre und bildete einen durchaus bemerkenswerten Faktor in der Versorgung der Rentner. Die politische Integration der Betriebsveteranen wurde von den Betrieben hingegen zumeist nicht wirklich als eigenverantwortliche Aufgabe angesehen. Die dafür zuständigen Betriebsgewerkschaftsleitungen verhielten sich hier eher passiv, wie anhand der zögerlichen Rückführung der Rentner in die Betriebsgewerkschaftsorganisationen beispielhaft gezeigt worden ist.

Für die Rentner war die betriebliche Einbindung gleich aus mehreren Gründen von Bedeutung. Zum einen war die Weiterbeschäftigung im Betrieb oft eine ökonomische Notwendigkeit. Selbst sozialpolitische Gaben wie Geburtstags- oder Weihnachtspresents stellten für viele Rentner eine nicht unbedeutende Unterstützung dar. Dennoch spielte auch die soziale Einbindung für viele Betriebsveteranen eine Rolle. Zum anderen gab ihnen die Weiterbeschäftigung das Gefühl, noch gebraucht zu werden. Außerdem, und das wird in vielen Quellen deutlich, vermittelten Geburtstagsbesuche sowie Einladungen zu Feiern und Veranstaltungen der Betriebe vielen Rentnern das Gefühl, noch dazuzugehören und nicht vergessen worden zu sein. Wo es all dies nicht gab, wurde es von den Betriebsveteranen dann auch als Missstand beklagt. Diese ideelle Einbindung sollte nicht unterschätzt werden. Die politische Integration war hingegen nur für einen kleinen Kreis von Rentnern von Bedeutung. Für diese Gruppe politisch aktiver Betriebsveteranen war dieses Engagement dafür umso bedeutsamer. Das zeigt sich nicht nur in den vielen Funktionen, die diese parallel übernahmen, sondern auch in vielen persönlichen Äußerungen über die Motive ihres Engagements.

Zusammenfassend mag sich somit der Eindruck einstellen, dass die Rentner in die „DDR-Arbeitsgesellschaft“ integriert waren bzw. sich als integriert empfunden haben. Das traf für einen großen Teil von ihnen gewiss zu, auch wenn Rentner gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen sozialpolitisch weiterhin schlechter gestellt blieben. Vorerst offen bleiben muss jedoch, wie dies für Rentner ohne betriebliche Anbindung aussah. Man denke beispielsweise an die alleinstehenden Rentnerinnen, die auf keine langjährige Erwerbsbiographie zurückblicken konnten, oder an die Rentner aus dem Kreis der Vertriebenen, die keinerlei Verbindung mehr zu ihrem alten Arbeitsumfeld hatten.

LITERATUR

- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (1982): Rentner in der DDR. Altsein im „Sozialismus“. Bonn.
- Grünert, Holle (1997): Beschäftigungssystem und Arbeitsmarkt in der DDR. Opladen.
<http://dx.doi.org/10.1007/978-3-322-92560-2>
- Hockerts, Hans Günther (1998): Einführung. In: Hans Günther Hockerts (Hg.): Der Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich. München, 7-25. <http://dx.doi.org/10.1524/9783486703009>
- Kleßmann, Christoph (2007): Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945-1971). Bonn.
- Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung. In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR. Stuttgart, 31-61.

- Niethammer, Lutz, Alexander von Plato und Dorothee Wierling (1991): Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin.
- Schmidt, Manfred G. (2006): Der Wohlfahrts- und Arbeitsstaat – die Sozialpolitik. In: André Steiner (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte? Berlin, 127-143.
- Wierling, Dorothee (2002): Geboren im Jahr eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR. Versuch einer Kollektivbiographie. Berlin.